

Änderungsantrag zur BV 10-24-140

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung Königs Wusterhausen beschließt:

Zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung werden weiterhin vier ständige Ausschüsse nach § 44 BbgKVerf gebildet.

- 1) Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen
- 2) Ausschuss für Soziales, Bildung, Familie, Jugend, Sport und Kultur
- 3) Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt
- 4) **Ausschuss für Ordnung, Mobilität und Digitales**

Begründung

Die einreichende Fraktion hat im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung zu den möglichen Fachausschüssen schriftlich angefragt. Eine Antwort blieb aus. Die Absicht der Bürgermeisterin wurde erst durch die Einladung zur SVV bekannt. Insoweit kann erst jetzt ein Änderungsantrag gestellt werden.

Fachausschüsse sind „vorbereitende Beschlussorgane“. Sie unterziehen Themen tiefergehenden Analysen, geben Externen Möglichkeiten der Vorstellung, befördern den öffentlichen Diskurs, geben Empfehlungen für spezifische Fragestellungen oder beraten Beschlussvorlagen. Damit entlasten sie die Durchführung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung.

In der Fachausschüssen haben auch sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner die Gelegenheit, sich inhaltlich einzubringen. Dies weckt Interesse an Kommunalpolitik und stärkt die Bürgerbeteiligung.

Die Anzahl der Fachausschüsse wurde in den letzten Wahlperioden auf vier reduziert. 2019 wurden die Themenschwerpunkte Mobilität und Digitales im Ordnungsausschuss aufgenommen. Die Bürgermeisterin schlägt vor, diese zu streichen und den Bereich Ordnung dem „Sozialausschuss“ zuzuordnen. Aus Sicht der einreichenden Fraktion ist dieser Ausschuss mit den Themen, Bildung, Familie, Jugend, Sport und Kultur jedoch bereits erheblich ausgelastet. Die FWKW-Fraktion vertritt ebenfalls die Meinung, dass sich die Anzahl und der in der Arbeitslast ausgewogene Themenzuschnitt der vier Fachausschüsse bewährt hat.

Sowohl die Größe unserer Kommune als auch die Herausforderungen einer wachsenden Stadt sind weitere Argumente, die gegen eine Anzahl von lediglich drei Fachausschüssen sprechen. Es sei denn, die Verwaltung plant, die Anzahl der Sitzungen – und damit Sitzungsläufe – deutlich zu erhöhen, um alle Themen gerecht zu werden.

Es wird vorgeschlagen, die Struktur der letzten Wahlperiode beizubehalten und die Themen **Ordnung, Mobilität und Digitales** in einem **vollwertigen Ausschuss** zu belassen.

Nachfolgend werden mögliche Tätigkeitsschwerpunkte aufgeführt, die in vielen Fällen bislang noch nicht ausreichend bearbeitet wurden. Der Fachausschuss könnte dies ermöglichen.

Ordnung:

- Ordnungsbehördliche Anordnungen
- Durchsetzung der allgemeinen Ordnung und Sicherheit
- Abfallentsorgungsprobleme
- Drohende Obdachlosigkeit
- Friedhofswesen
- Kommunale Präventionsstrategien

- Mitarbeit Landepräventionsrat
- Extremismusprävention
- Tierschutz, Hundeverordnung
- Initiativen verkehrsrechtlicher Anordnungen
- Grundsatzfragen der allgemeinen Gefahrenabwehr und Gesundheitsvorsorge – inklusive Ausstattung und Prüfung von notwendigen Investitionen / Gefahrenabwehrbedarfsplanung
 - Feuerwehr
 - Zivilschutz
 - Zuarbeiten LDS Feuerwehr- und Rettungsdienstentwicklungsplanung, Katastrophenschutz
- Zusammenarbeit mit den Feuerwehrverbänden, Leistungserbringern im Rettungsdienst und sonstigen Helfervereinigungen
- Übungslagen
- Förderung des Ehrenamtes
- Fragen der allgemeinen Ordnung und Sicherheit

Mobilität

- Grundsatzfragen und Maßnahmen der Verkehrsplanung, Verkehrsorganisation und Verkehrsanordnungen
- Nachhaltige Mobilität und alternative Verkehrskonzepte
- Intelligente Verkehrssysteme
- Konzepte für die verschiedenen Verkehrsarten / Multimodale Räume
- Alltagsmobilität / zirkuläre Mobilität
- Beratung über wichtige Verkehrsprojekte
- Förderung Radverkehr und Fußverkehr sowie des ÖPNV
- Elektromobilität
- Luftqualität / Feinstaubbelastung / Güterverkehre
- Parkraumbewirtschaftung, Parkraumkonzepte, Telematik allgemein
- Belastungen durch das „Schönefelder Kreuz“

Digitales

- Digitale Transformation / Ausbau der digitalen Infrastruktur
 - Inklusive Entwicklung von Rahmenbedingungen zur Förderung bürgergesellschaftlichen Engagements
- Modernisierung der Verwaltung,
 - inklusive Umsetzung E-Government-Gesetz / Formular-Management-System / Festlegung von Standards / Online-Terminvergaben / Best Practise Vergleiche u.a.
- Cybersicherheit, Schutz kritischer Infrastrukturen
- Transparenzoffensive - Digitale Register
- Stärkung digitaler Verbraucherschutz
- Smartphone-Anwendungen – Parkplatz-Management / Staumelder / Tourismus / Warn-Apps u.a.

Es wird um Zustimmung gebeten.



Swen Ennullat

Vorsitzender Fraktion FWKW